

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

24. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Bestellgeld

Köln, den 12. Mai 1928

Erscheint vierzehntägig Samstags
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 10

Konjunktur, Preispolitik, Lohnentwicklung

Aufgaben zur Hebung des Reallohnes*)

Von Friedrich Waltrusch.

Der Konjunkturverlauf ist heute ein anderer wie in der Vorkriegszeit. Die Regelung der Preise — und damit schließlich auch des Absatzes — vollzieht sich nicht mehr allein nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wir haben ein vielfältiges Nebeneinander von freier Konkurrenz, von privaten Monopolen und Teilmonopolen, sowie von staatlicher Zwangswirtschaft, z. B. für Kohle und Mieten. Stilllegungen und Quotenaufschlag führen zu künstlichen Bedingungen und Preisaufschlägen. Die Preisbewegung der einzelnen Wirtschaftskruppen vollzieht sich auf zum Teil ganz verschiedener Basis. Der Steinkohlenbergbau hat z. B. an den Preisrückgängen der letzten Jahre nur in geringfügigem Maße teilgenommen; die Eisenpreise konnten im Krisenjahr 1926 gehalten werden; trotz großer Arbeitslosigkeit, die teilweise weit über zwei Millionen hinausging, gelang es doch den Gewerkschaften im großen und ganzen, die Löhne zu halten, hier und da vielleicht gar zu steigern. Der Lebenshaltungsindex bildet sich ebenfalls nicht auf Grund einer Preisentwicklung nach Warenangebot und Warennachfrage, weil z. B. die Festlegung der Miete noch durch den Staat beeinflusst wird. Aber selbst wenn das Gesetz von Angebot und Nachfrage durch Beseitigung der monopolistischen Preisbindungen und Produktionsbeschränkungen voll in Kraft gesetzt würde, bräuchten sofortige Preisänderungen nicht einzutreten, da unsere Wirtschaft über große Warenlager verfügt, wie sie in anderen Ländern nicht üblich sind. In gewissen Grenzen könnte also eine stärkere Nachfrage eine Zeitlang ohne Preiserhöhungen und ohne stärkere Anspannung des Arbeitsmarktes befriedigt werden.

Die hohe Zahl der Erwerbslosen (jetzt noch ca. 1,4 Millionen) muß man mit kritischen Augen prüfen. Im Meer stehen heute rund 700 000 Menschen weniger als im Jahre 1913. Durch die wirtschaftlichen Verschiebungen in der Kriegs- und Inflationszeit hat sich ebenfalls die Zahl der im Erwerbsleben stehenden und eintretenden Personen — trotz Verkleinerung des Reichsgebietes — wesentlich erhöht. Allein die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist seit 1907 um 34,8 gestiegen. Die Rückwanderer aus den ehemals feindlichen Ländern und aus den Kolonien, sowie die aus Elsaß-Lothringen und aus den entlassenen östlichen Provinzen Verdrängten zählen nach Hunderttausenden. Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung schafft zu allem auch eine zutreffendere Übersicht über die wirkliche Zahl der Arbeitslosen, deren Schätzung in der Vorkriegszeit immer eine sehr problematische sein mußte.

Alles das zu sehen, ist notwendig, um das rechte Augenmaß zu gewinnen für eine durch politische Maßnahmen durchzudringende Wirtschaft. Wenn man ergänzend in Betracht zieht, daß wir nach dem Kriege — der ja ungeheure Strukturwandlungen im Außenhandel mit sich gebracht hat — erst wieder nach und nach auf dem Weltmarkt ins Geschäft kommen — dann muß man sich nur wundern, wie verhältnismäßig schnell unsere Wirtschaft sich wieder konsolidiert hat.

Das Jahr 1927 war ein Hochkonjunkturjahr — trotz allem gerade von „Rengentkonjunktur“ und „Selbstkostenkrisis“. Schon in der letzten Hälfte des Jahres 1926, erst recht aber im Jahre 1927, wurde von einer ganzen Reihe von Industrien schweres Geld verdient. Die Neukapitalbildung des verfloßenen Jahres war sehr erheblich. Große Reinvestierungen und die Ausbringung der Rationalisierungskosten erfolgten weitgehend durch Selbstfinanzierung (also ohne Inanspruchnahme eines Kredites) aus laufenden Mitteln. So blieben große Gewinne der „Begehrtheit“ der Arbeiter und des Steuerfiskus verborgen.

Die gegenwärtigen Konjunkturaussichten

sind keineswegs schlecht. Die guten Geschäftsabschlüsse der Jahre 1926/27 und 1927/28, sowie die endliche Frei-

gabe deutscher Werte in Amerika (1,2 Milliarden Mark) rechtfertigen die Annahme, daß die Konjunktur nach Überwindung der Saisonschwierigkeiten wieder ansteigt, besonders wenn die Vorschläge des Wohnungsausschusses des Reichstages zur Wohnungsbaufinanzierung alsbald durchgeführt werden. Anzeichen sind dafür vorhanden, daß die Konjunktur sich auch in anderen Ländern, die mit uns in Handelsbeziehungen stehen, hebt.

Eine bewußte Konjunkturpolitik,

d. h. das Bestreben, die Wellenberge der Konjunktur auszugleichen, eine gute Wirtschaftsperiode möglichst zu verlängern, begegnet in Deutschland noch immer zu wenig Verständnis. Bei uns herrscht z. B. auf dem Baumarkt noch eine ziemliche Anarchie. Die Reichsarbeitsratium für Wirtschaftspolitik und das Reichsinstitut für Konjunkturforschung und die Reichsarbeitsratium für Wirtschaftspolitik stehen bei der Aufstellung bzw. Beeinflussung der wirtschaftlichen Dinge erst am Anfang ihres schweren Weges. Von den Amerikanern ist hinsichtlich einer bewußten Konjunkturbeeinflussung manches zu lernen. Dort dauert die gute Konjunktur schon Jahre an. Die von der deutschen Unternehmerpresse aufgebaute amerikanische Arbeitslosigkeit ist z. T. eine bewußt gewollte. Hinter den amerikanischen Arbeitslosen stehen durchweg auch Sparfonten in einer Höhe von 7—800 Dollar pro Konto — bei 47 Millionen Konten überhaupt, — die die Arbeitslosigkeit erträglich machen. Bei uns fehlt es zur Konjunkturbeeinflussung an einer vernünftigeren Geld- und Kreditpolitik. Die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen ist zu groß. Der Zins ist viel zu hoch. Er hemmt wirtschaftlich auf allen Gebieten. Je kleiner der Mann, desto größer der Kreditzins. Das beeinflusst den Arbeitsmarkt überaus ungünstig. Die Deckungspolitik der Privatbanken ist zu meist übertrieben. Auslandsanleihen für produktive Zwecke müssen weiter hereingelassen werden. Als Gegenwert haben wir ca. 1/3 des Gesamtwertes des Jahresexportes im Auslande liegen. Ferner hatten unsere großen Warenlager und die industriellen Reinvestitionen. Der Arbeitsfleiß der deutschen Arbeiterschaft ist als Aktivum ebenfalls in Rechnung zu stellen.

In unserer Industrie wird man sich an die Offenlegung der Auftragsbestände, an ein genaueres Abtaffen der voraussichtlichen Bestellmöglichkeiten usw. gewöhnen müssen. In der Landwirtschaft muß die Produktionspolitik zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und zur Stabilisierung der Preise führen. Das erheischen auch die noch völlig unzulänglichen Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die gewaltigen, behördlichen Aufträge, die bei Reich, Ländern und Kommunen rund 7 bis 8 Milliarden Mark jährlich ausmachen, müssen planmäßiger vergeben und von einer Reichsstelle schärfer kontrolliert werden, um Saison- und Konjunkturschwankungen auszugleichen.

Die Preisentwicklung

bedarf bei einer bewußten Konjunktur- und Lohnpolitik besonderer Beobachtung. Die Gewerkschaften haben nicht nur beim Ablauf der Tarifverträge auf nominelle Lohn-erhöhung hinzuwirken, sondern auch stärker als bisher die Preise zu kontrollieren. Das Gebaren der Preisregulierungskartelle bedarf eines schärferen Augenmerks. Die Bege der Kartellpolitik müssen anbauend durch die Presse offengelegt werden. Die öffentliche Kritik hat oft mehr Wirkung als die Verstärkung gesetzlicher Maßnahmen, die gleichwohl nicht zu umgehen sein werden. Unsere Parlamentarier müssen die gewerkschaftlichen Eingaben nachhaltig unterstützen.

Der Großhandelsindex

stand im Jahre 1927 auf 135,9, Ende 1927 auf 139,6 und März 1928 (28. März 1928) auf 138,9. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren standen im Januar 1927 auf 128,8 und am Ende des Jahres auf 133,9, am 31. März d. J. auf 134. Der Index für Produktionsmittel war

im Januar 1927 129,3, im Dezember 133,6 und am 21. März 1928 135,9. Die starke Steigerung für Produktionsmittel fällt in Anbetracht der Rationalisierung besonders auf. Diese Art Preispolitik muß, wenn sie fortgesetzt wird, eine Umbiegung der Konjunktur bringen. Noch schlimmer sind die Preise für Konsumgüter gestiegen. Deren Index stand im Januar 1927 auf 150,9, stieg bis zum Dezember 1927 auf 172,2 und stand am 21. März 1928 sogar auf 173,6. Innerhalb der Bedarfsdeckung der Arbeiterschaft spielen die Konsumgüter eine starke Rolle. Die Agrarstoffe sind seit Januar 1927 von 140,3 im Dezember 1927 auf 135,6, am 21. März auf 132,4 gesunken. Es haben also die Agrarereignisse, die im Jahre 1926 bekanntlich teurer wurden — damals schloß sich die Preischere — eine ganz andere Entwicklung genommen, wie die Preise für Produktionsmittel und Konsumgüter. Freilich sind sie mehr beim Erzeuger, nicht so sehr beim Händler, billiger geworden. Das ist eine der Quellen der Wirtschaftser schwerungen in der Landwirtschaft, während andere Quellen in den zu hohen Zinssätzen, in der teilweise hohen, kurzfristigen Verschuldung, in verregneten Ernten usw. zu suchen sind.

Die Entwicklung der Preispanne zwischen Erzeuger- und Händlerpreisen

für landwirtschaftliche Artikel ist sehr interessant. Dafür einige Beispiele:

Entwicklung des Butterpreises (für 100 Kilogramm).

Jahr	Butter, prima Qualität, ohne Fab. ab Station	Kleinhandelspreis	Verhältnis des Kleinhandelspreises zum Großhandelspreis %
1913	251,66	270,—	107,28
1924	350,89	—	—
1925	372,58	445,—	119,43
1926	340,72	398,—	116,81
1927	346,42	420,—	121,38

Stichtag 21. 12. 1927.

Entwicklung des Milchpreises (je 100 Liter).

Jahr	Milch, Berlin Großhandelspreis	Milch, Berlin Kleinhandelspreis	Verhältnis des Kleinhandelspreises zum Großhandelspreis %
1913	15,—	24,—	160,—
1924	20,80	—	—
1925	20,77	31,—	149,25
1926	18,24	29,—	158,99
1927	18,60	31,—	166,66

Preisentwicklung für Roggen.

Erzeugerpreis ab märkische Station. Kleinhandelspreis in Berlin.

(Preis je Tonne)

Jahr	Roggen	Roggen, mehl % zum Roggenpreis	Kleinhandelspreis Roggen, brot % zum Roggenpreis	% zum Erzeugerpreis	
1913	148,50	208,50	140,40	280,—	188,55
1924	161,50	248,50	153,86	—	—
1925	200,—	289,70	144,85	380,—	190,—
1926	190,—	280,20	147,47	380,—	200,—
1927	249,—	343,90	138,10	460,—	184,73

Stichtag 21. 12. 1927.

Preisentwicklung für Kartoffeln (für 50 Kilogramm).

Jahr	Erzeugerpreis	Kleinhandelspreis	% zum Erzeugerpreis
1913	2,71	4,—	147,60
1924	2,19	—	—
1925	2,04	4,50	220,58
1926	2,23	4,50	201,79
1927	3,98	6,—	150,75

Stichtag 21. 12. 1927.

*) Ein Vortrag, gehalten auf der Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes im Königswinter am 4. April d. J.

Entwicklung der Rindfleischpreise (für 50 Kilogramm).

Jahr	Großhandelspreis Schlachtkopf, Bestin	Kleinhandelspreis Rindfleisch (Schlachtkopf m. Kn.) Bestin	% zum Großhandels- preis
1913	82,—	87,50	106,70
1924	80,—	—	—
1925	91,30	116,—	127,05
1926	90,90	108,50	119,93
1927	97,40	110,—	112,93

Stichtag 21. 12. 1927.

Monatsdurchschnittspreise für Schweine.

Berliner Viehmarkt Klasse C und D — Jahre 1926/1927.

Januar	Schweine- preis 1926		Schweine- preis 1927	
	„	„	„	„
Januar	78,59	173,14	71,—	161,16
Februar	76,03	160,85	65,—	157,53
März	74,13	159,76	60,—	150,17
April	75,60	162,87	58,—	145,84
Mai	75,17	160,90	57,—	144,35
Juni	76,15	162,—	60,—	146,30
Juli	77,97	162,—	62,84	146,—
August	82,78	167,—	67,80	149,50
September	82,43	166,—	72,21	157,50
Oktober	74,61	165,50	65,71	156,—
November	77,—	163,50	61,36	151,50
Dezember	64,77	162,50	56,68	148,—

Aus diesen Beispielen sind die noch immer enormen Handelspannen klar ersichtlich. Die Handelspanne betrug bei Butter im Jahre 1913 18,34 % im Jahre 1927 73,58 %, Steigerung 301%. Bei der Milch betrug die Handelspanne 1927 12,40 % gegen 9 % 1913. Zwischen Roggenbrot und Roggen betrug die Spanne 1913 141,50 % 1927 211 %. Handelspanne bei Kartoffeln 2,02 % gegen 1,29 %. Rindfleisch-Handelspanne 12,60 % gegen 5,50 %, gleich 129% Steigerung. Schweinefleisch-Handelspanne von 81,70 % bis 94,55 %. Bei dieser Sachlage klingt es geradezu grotesk, wenn Mittelstandsorganisationen, die beweisen wollen, daß der gefamte Mittelstand am Bettelstab steht, daß er keine Steuern mehr zahlen kann, sondern im Gegenteil Staatshilfe braucht. Dabei ist, wie die Berufs- und Betriebszählung 1925 ausweist, der Handel in der stärksten Weise angewachsen.

Wenn es im Geschäftsbericht der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände für 1925/26 (Seite 277) wörtlich heißt: „Preisberabsetzungen sind für unsere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend, sie müssen und sie werden kommen, sobald die Betriebe kapitalmäßig konsolidiert sind“, so sind diese angeklagten Preisberabsetzungen, wie schon dargelegt, weder bei den industriellen Fertigwaren, noch bei den Konsumgütern bzw. bei den Markenartikeln und täglichen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln eingetreten. Der Index der Lebenshaltungskosten stand im März 1926 auf 138,3 Prozent der Vorkriegslebenshaltungskosten. Die Steigerung betrug bis Dezember 1927, als die Reichsindexziffer auf 151,3% der Vorkriegspreise stand, rund 9,5%. Nach der neuesten Feststellung beträgt der Lebenshaltungsinde (März 1927) 155,6. Rechts stark ist die Steigerung der Wohnungsausgaben. Im vorigen Jahre ist durch behördliche Festlegung die Wohnungsmiete zweimal erheblich erhöht worden. Obwohl die Großhandelspreise für Agrarerzeugnisse gesunken, sind die Ernährungs- und Beleuchtungspreise eine auffällige Entwicklung. Nicht einheitlich haben sich die Preise für Bekleidung und „sonstigen Bedarf“ gestaltet. Die Bekleidungs- ausgaben sind seit Mai 1927 schnell und beträchtlich angestiegen. Der sonstige Bedarf, zu dem das Staatliche Reichsamt bekanntlich die Ausgaben für Bildung, Kör-

perpflege, Reinigung usw. rechnet, lagen zusammen mit den Verkehrausgaben zu Beginn des Jahres 1927 auf 182,4%, am Ende auf 185,8% über den Vorkriegspreisen.

Die Mängel des Lebenshaltungsindex

darf man bei der Beurteilung der Preise nicht außer acht lassen. Die Reichsindexziffer gibt die Leistung nicht in vollem Umfange an. J. B. wird der Hausrat im Rahmen der Reichsindexziffer nicht erfasst. Die amtliche Leistungsmessung stützt sich auch nur auf die behördlich festgesetzte Wohnungsmiete, während doch immer mehr Arbeiter auf die viel teureren Neubauwohnungen angewiesen sind. Die Baustoffpreise haben im Dezember 1927 den Index von 160 und damit den höchsten Stand seit der Stabilisierung erreicht.

Von inflationistischer Preissteigerung,

d. h. von einer echten Inflation kann bei der vorsichtigen Geldpolitik der Reichsbank nicht die Rede sein. Die beobachteten Preissteigerungen sind vielmehr eine Begleiterscheinung des Konjunkturjahres 1927. Die deutschen Unternehmer haben sich zu einer Nachahmung des ameri-

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zum Tarifstreit in M.-Gladbach

Die von der Papiermachereivereinigung für den Handelskammerbezirk M.-Gladbach gegen die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Krefeld bei dem

Reichsarbeitsgericht eingelegte Revision

wurde durch Urteil vom 2. Mai verworfen.

Die beklagten Geschäftsbüchereifabriken in M.-Gladbach sind somit gehalten, den Reichstarif für das Buchbinder-gewerbe (Api-Vertrag) anzuerkennen. Als Prozeßbevollmächtigter für die Arbeitgeber fungierte der bekannte Rechtsanwalt Dr. Meißinger und für die Arbeitnehmer Rechtsanwalt Dr. Horstter, Krefeld.

Wir werden nach Vorlage des schriftlich begründeten Urteils Näheres berichten.

tanischen Beispiels einer Konjunktur bei sinkenden Preisen nicht entschließen können. Man kann den Unternehmerverbänden den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es unterlassen haben, ihre Mitglieder zur Preislenkung anzuhalten. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß trotz allen Bekenntnisses zur Rationalisierung für unnütze und überflüssige Dinge viel Geld ausgegeben wurde. Man denke nur an die großen Streifenfonds der Unternehmer im Westen, an die Zeitungs- und Weinungskäufe der Industrie, an die Filmbeteiligung und die großzügige Zeitungspropaganda von Arbeitgeberverbänden, an die überflüssigen Dinge viel Geld ausgegeben wurde. Man denke nur an die großen Streifenfonds der Unternehmer im Westen, an die Zeitungs- und Weinungskäufe der Industrie, an die Filmbeteiligung und die großzügige Zeitungspropaganda von Arbeitgeberverbänden, an die überflüssigen Dinge viel Geld ausgegeben wurde. Man denke nur an die großen Streifenfonds der Unternehmer im Westen, an die Zeitungs- und Weinungskäufe der Industrie, an die Filmbeteiligung und die großzügige Zeitungspropaganda von Arbeitgeberverbänden, an die überflüssigen Dinge viel Geld ausgegeben wurde.

Den Vorwurf

kurzsichtiger Konjunkturausnutzung

durch die Unternehmer weist deren Presse zurück mit der Behauptung, daß lediglich die hohen Lohn- und Gehaltsforderungen zu Preiserrhöhungen gedrängt hätten. Es wird sogar behauptet, daß die nichtgenügende Ausweitung des deutschen Exports durch die zu hohen Löhne der Arbeiterschaft veranlaßt werde. Die Vergleiche der

belgischen, französischen und italienischen Löhne mit den deutschen Löhnen sind abwegig, da die deutschen Arbeiter ganz andere und zwar viel höhere Leistungen aufweisen können. Die Arbeiterschaft hat in den Jahren 1926 und 1927 schwer kämpfen müssen, nur um ihr Realeinkommen in etwa mit den voranreitenden Preisen im Einklang zu halten. Der Lebenshaltungsindex stand Ende 1924 auf 141,2, Ende 1926 auf 144,3, Ende 1927 auf 151,3. Der Wochenlohn gelernter Arbeiter (in 12 Gewerbe- zweigen im gewogenen Durchschnitt) betrug zum gleichen Zeitpunkt 45,98, 46,26 und 49,42 M. Der Lebenshaltungsindex ist um 7,5% und der Wochenlohn gelernter Arbeiter um 7,48% gestiegen. Mitin haben die Gewerkschaften während der letzten zwei Jahre knapp die Kaufkraft des Lohnes halten können! Es ist also nicht so, wie der Geschäftsbericht des sogenannten Lang-Namensvereins behauptet, daß die Entwicklung der Löhne und Gehälter sich auf Kosten der Grundrenten, der Kapitalrenten und des Unternehmerrückgewinns vollzogen hätte. Die Preise eilen voran und die Löhne können dieser Entwicklung kaum Schritt halten. Dabei ist, wie schon gesagt, die Reichsindexziffer absolut keine genaue Maßziffer. Hinzu kommt noch, daß dabei auch die Steuern, Versicherungsbeiträge nicht in Betracht gezogen sind, daß die Berechnung auf Waren beruht, die heute vielfach gar nicht mehr gekauft werden, und ferner, daß dieser Index gewissermaßen einen Lebensindex darstellt und nicht die normal feststehende Lebenshaltung zur Grundlage hat. Der Geschäftsbericht der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände spricht übrigens selbst dem Reichsindex für die Lebenshaltungskosten jede Bedeutung für die Lohnpolitik ab, indem er ausführt: „Die engen Grenzen, zwischen denen sich die Indexbewegung der letzten zwei Jahre (1925/26) abgepielt hat, dürften allein jedem unbefangenen Beobachter zeigen, daß eine auf dem Index aufgebaute und sich eng an ihn anlehrende Lohnpolitik ein Unding ist.“ Demgegenüber erscheint uns die lohnpolitische Bedeutung der Indexziffern doch nicht so ganz ohne Belang. Wenn sie für die Lebenshaltungskosten, für die Preisveränderungen auch keinen genauen Anhalt geben, so haben sie immerhin als Hilfsmittel für die Reallohnberechnungen einen bestimmten Wert.

Unsere Lohnpolitik

kann sich natürlich nicht frampfhast nach dem Lebenshaltungsinde des Lebens richten, sondern muß sich der Konjunktur und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftsbranchen, der Arbeitsleistung anpassen. Es ist ein Lohn zu erstreben, der es dem Arbeiter ermöglicht, sich anständig zu ernähren, zu kleiden und sich auch für die Lage der Not und des Alters etwas zurückzulegen, und der schließlich es auch ermöglicht, an den Kulturerrungenschaften teilzunehmen.

Die „Bergwerkszeitung“ sagt den christlichen Gewerkschaften allerdings, daß es, um sich im stillen Verkeinen in die Bank einer Kirche zu setzen, keiner besonderen Mittel bedürfe, und daß ein Buch in bescheidenem Gewande mit köstlichem Inhalt auch dem einfachen Mann erschwinglich sei. Die christlichen Gewerkschaften sollten ihren Mitgliedern häufiger sagen, daß bei ihnen Zufriedenheit einführen müßte, ohne die eine Anteilnahme an den Segnungen der Kultur überhaupt nicht möglich sei. Die christlichen Kirchen hätten in ihren besten Zeiten dahin gearbeitet, daß nicht die materielle Seite, nicht das äußere Leben im Mittelpunkt des Dichtens und Trachtens der Menschen stehe, sie hätten vielmehr die inneren, unvergänglichen, vom Wandel der Zeiten unabhängigen Werte gepflegt. Demgegenüber kann man die „Bergwerkszeitung“ wohl darauf hinweisen, daß sie zweckmäßig den ihr nahestehenden Unternehmern predigen möchte, daß der höchste Zweck jeder Arbeit, nicht nur die notwendige Befriedigung der äußeren Bedürfnisse, sondern die Höherführung der gesamten Volksgemeinschaft. Sie sollte den Unternehmern ins Gewissen reden, daß der Mensch, und gerade der arbeitende Mensch, im Mittel-

Herstellung von Lagerkästen

(Schluß.)

Zum Zuschneiden der Überzüge und des Futters wäre zu bemerken, daß das richtige Berechnen der Zuschnitte die Arbeit des Überziehens und Futterns erleichtert und gleichmäßige Kanten verbürgt. Oftmals lassen sich Überzüge gleich praktisch aus der Länge oder Breite des Bogens heraus schneiden. Man denke also daran, die Einschläge tunlichst in der D e h n richtung, — ebenso auch die kürzeren Seiten der Böden usw. — herauszubekommen. Bei zwei oder mehreren Einschlägen möglichst die lange Einschlagseite. Beim Futterpapier, das ja meist aus welchem oder einfarbigem Material besteht, ist es geradezu Pflicht des Zuschneiders, die Dehnrichtung genau festzustellen. Da die Böden nach beiden Richtungen umgeschlagen werden, so kommt für sie nur die beste Ausnutzung des Bogens in Frage. Dagegen müssen die Seiten so herausgeschnitten werden, daß die langen und kurzen sich nach ihrer Länge dehnen. Nur so ist es möglich — gleichmäßige Zuschnitte vorausgesetzt — egale Einschlagkanten zu erzielen. Beim Zuschneiden der Überzüge eingefasster Kästen ist ferner zu beachten, daß die Leimkanten nur schmal sichtbar sind, da breite unschön wirken. Andererseits dürfen die Kanten nicht so klein sein, daß sie den Einschlag behindern.

In den meisten Fällen wird man vor dem Überziehen die Deckel anhängen, jedoch gibt es auch hier Ausnahmen, z. B. dann, wenn man Kästen mit sehr langen,

an der kurzen Seite festen Deckeln zu machen hat. Dann ist es praktischer, man überzieht und füttert Kästen und Deckel getrennt und hängt beide Streifen — die bei solchen Deckeln unbedingt aus ganz festem Leinen ca. 3 cm breit geschnitten werden müssen, da andernfalls der Deckel nicht genügend halt bekommt — ungefähr bis zur Hälfte an den Deckel an. Dadurch ist es möglich, den Deckel ganz fertig zu machen, während man nach dem Ansetzen dieser nur noch die Rückseiten der Kästen und die freigebliebenen kurzen Innenseiten fertigzumachen hat. Durch die Verwendung des starken Leinens gehen nach dem Trocknen die Deckel nicht zu, welcher Umstand aber durch Anfeuchten der äußeren Scharnierkante schnell behoben wird. Er rührt daher, weil man praktischerweise zuerst den äußeren Streifen herüberzieht und anreibt; darauf wird der Deckel aufgemacht, so daß er auf die Rückseite des Kastens zu liegen kommt, worauf man auch den inneren Streifen fest herüberzieht, anreibt und den Kästen in dieser Lage austrocknen läßt.

Die Klappen werden vor dem Anhängen mit dem äußeren Streifen — diese können aus dem Einschlagstoff sein — ungefähr 1 cm beklebt und überzogen. Werden solche Kästen mit Schilderhalter und Rutschgriff, oder eines von beiden, bestellt, so macht man auch diese vor dem Anhängen der Klappen an, wenigstens halte ich das für praktischer. Dann wird die Klappe angehängt und der innere Scharnierstreifen eingeklebt, worauf der Kasten ausgefüllt und der Boden aufgelegt wird. Beim Ausfüllen müssen die inneren Kanten ganz scharf eingedrückt

werden, denn sie dürfen nach dem Trocknen selbst dann nicht einreißen, wenn man mit einem scharfen Falzbeil unter Druck an ihnen entlang fährt. Besonders gilt dies für die Futtermittelfütterung der Deckel. Wenn diese richtig passen und gut ausgefüllt sind, so muß man sie nach dem Trocknen ohne vorherige besondere Bearbeitung — mit trockener Seife, Spedstein, Glättkolben oder Falzbeil — zumachen können, ohne daß man sie beschädigt.

Erhalten die Kästen Strippen, so schneidet man sie aus 25 mm breitem Heftband oder Guriband. Die Schlitze sind nach dem Zusammensetzen der Kästen, am saubersten und schnellsten mit einer Schlitzmaschine, auszufrägen, sonst mit einem Beil einzuschlagen. Bei Verwendung der bekannten kleinen Schlitzmaschine von der Firma Wilsch, Leo's Nachfolger, Stuttgart, rate ich, nur ein 20 mm breites Messer einzusetzen, wenn stärkere als 30er graue Pappe zu den Böden verwendet wurde, da ein 25 mm breites die kleine Maschine zu sehr beansprucht. Die Böden müssen bei diesen Kästen schon beim Überziehen aufgelegt werden, worauf man den Schlitz einfach mit einem Messer eindrückt. Die Strippen müssen doppelt durchgesteckt werden, wobei das obere Ende das untere um 1 cm überragt. Ihre Zuschnittlänge beträgt ungefähr 18 cm. Die Enden überlebt man zur besseren Haltbarkeit mit einem Stückchen Schirting.

Aus dem Gefagten geht hervor, daß eine verdienstbringende Herstellung selbst ganz einfacher Kästen praktisch denkende, umsichtige und rechnende Köpfe erfordert.

Hans K o e h l e r - Dresden.

punkt der Wirtschaft zu stehen hat, und daß deshalb die ungeheuren Spannen zwischen den Löhnen der Arbeiter gegenüber den enormen Jahresgehältern und Lantimen der leitenden Angestellten, Direktoren, Aufsichtsräte usw. erheblich herabgemindert werden müßten. (Der D. G. Farbentrust zählt den Direktoren 400 000 M. und Lantimen, zusammen 1 Million jährlich). Die „Berwertszeitung“ braucht der christlichen Arbeiterkraft nicht beizubringen, was Materialismus ist und was wahre Kultur bedeutet. Der Materialismus ist bei den meisten der deutschen Wirtschaftsführer vielleicht noch stärker entwickelt, als bei den marxistischen Arbeitern, deren Geisteshaltung doch nur jenen abelaucht ist. Beide aber verstehen sich auch in Kulturfragen gegenseitig sehr viel besser, als mit den christlichen Arbeitern, die für ihre Lohn- und Existenzforderungen ethische Begründungen haben. Das allerdings ist der Umgebung der „Berwertszeitung“ besonders unangenehm.

Die Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zur Tarifbewegung betont, die Rationalisierung ließe sich, so wie bisher, nicht weiter fortsetzen. Die schnelle Bildung von Neukapital in Unternehmerhänden sei wegen des großen Kapitalmangels unbedingt notwendig. Die Tariflöhne hätten lediglich den Charakter der Mindestlöhne. Die wirklich gezahlten Löhne könne man mindestens bis zu 25% und darüber hinaus höher schätzen. Die Tariflöhne seien in den letzten vier Jahren aber um 80 bis 90% in die Höhe gegangen.

Ein großer Teil der deutschen Presse bringt die Kritik der Unternehmer gegen erhöhte Löhne in allen möglichen Variationen und unter den verschiedensten Überschriften und Gesichtspunkten. Ähnlich faktieren die Banten in ihren Berichten, indem sie statt einer genaueren Durchleuchtung ihres Geschäfts- und Bilanzwesens sich in Betrachtungen ergeben, die einseitig für die Zwecke des Unternehmertums aufgestellt sind. Auch einzelne amtliche Stellen glauben der Arbeiterkraft gut zureden zu müssen, von wesentlichen Lohnforderungen im eigenen Interesse möglichst abzusehen. Diesen guten Ratschlägen werden die Arbeiter nicht zu folgen vermögen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, ist ihre wirtschaftliche Lage immer noch eine außerordentlich gedrückt. Es ist auch gar keine Frage, daß in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen höhere Löhne und Gehälter gezahlt werden können. Die Bergarbeiter, die die schwerste und gefährlichste Arbeit — und, volkswirtschaftlich gesehen, mit die nützlichste Arbeit — verrichten, haben an Brutto-Reallohn 8% weniger als 1913 und bei dem Netto-Reallohn (insolge der starken Sozial- und Steuerabzüge) rund 15 bis 17% weniger wie 1913. Dabei ist die Umstellung und Mechanisierung im Steintohlenbergbau in scharfer Weise durchgeführt und die Leistungen des Hauers pro Schicht sind nach den Ausweisen der Bergherren selbst, ganz ungewöhnlich gestiegen. Dasselbe trifft zu auf die Werte der Eisen- und Stahlindustrie, sowie der chemischen Industrie, wie überhaupt auf fast sämtliche Industrien. Nach den amtlichen Feststellungen der Tariflöhne, in Vergleich gesetzt mit dem Lebenshaltungsindex, betrug der Reallohn für gelernte Arbeiter Anfang 1927 ungefähr 92% des Friedenslohnes; gegenwärtig liegt er auf rund 93%. Nur der Reallohn der ungelerten Arbeiter ist, verglichen mit 1913, auf dem Vorkriegsstand, der allerdings ein außerordentlich niedriger war, angekommen. Wenn man in Betracht zieht, daß allein die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie (Eltern und zwei Kinder) nach den Berechnungen des Büro Calmer zurzeit sich auf 36,75 M. wöchentlich belaufen, dann kann man sich denken, was der gelernte Arbeiter mit seinem Durchschnittslohn von 49,42 M. wöchentlich und der ungelerte Arbeiter mit seinen 37,43 M. pro Woche anfangen kann. Die Tariflöhne werden übrigens in den meisten Fällen in der Praxis nicht als Mindestlöhne betrachtet, sondern als reguläre Löhne. Die Arbeitergruppen aber, die im Accord, durch angestrengteste Arbeit, etwas mehr als den Tariflohn verdienen, haben auch einen stärkeren Nahrungsmittelaufwand.

Die Notwendigkeit der eigenen deutschen Kapitalbildung

und von den Arbeitern am wenigsten bestritten. Sie leben nur nicht ein, daß diese Neukapitalbildung nur durch die Banken und Industriekonzerne erfolgen soll. Sie wollen selbst durch einen erhöhten Lohn, durch die Möglichkeit der Zurücklegung von Spargroschen, zur Kapitalbildung beitragen. Es herrscht deshalb bei der gesamten Arbeiterschaft der feste Wille, eine stärkere Verchiebung der Anteile am Sozialprodukt zu ihren Gunsten zu erreichen. Die angeblichen 80. bis 90prozentigen Lohnerhöhungen seit der Stabilisierung sind übrigens aufgebaut auf den lächerlich geringen Anfangslohnsummen von 16 bis 25 Pfennigen. Und schließlich hat die staatliche und soziale Umwälzung ja keineswegs den Zweck gehabt, an Stelle früherer Mächte die Plutokratie treten zu lassen und die Arbeitnehmer zu zwingen, mit den niedrigen Lebens- und Kulturansprüchen der Friedenszeit vorlieb zu nehmen.

Schlussfolgerungen

Was insgesamt zu geschehen hat, das läßt sich im folgenden sagen:
1. Die öffentliche Kritik an den Preistartellen und an den Marktarbeitelungen ist fortzusetzen. Die von den Gewerkschaften verlangten einschlägigen Gesetzesänderungen sind weiter zu vertreten. (Es sind übrigens nur wenige Kartelle, die nach der Erhebung des Reichsver-

bandes der Deutschen Industrie irgendwie angeben könnten, sie hätten produktionsfördernd gewirkt.)

2. Wir müssen die in Aussicht stehenden Eisenbahntarifserhöhungen, Kohlenpreiserhöhungen, Baustoffpreiserhöhungen nachhaltig bekämpfen. Die Auswirkungen der Beamtenbefoldungserhöhungen — Droffellung der Aufträge der öffentlichen Hand in größtem Ausmaße und die längere Arbeitslosigkeit der Arbeiter — sind schärfstens zu verfolgen und offenzulegen.

3. Die Berufsverbände müssen in stärkerem Maße aus ihrem Fache heraus Selbstkostenkalkulationen aufmachen und zu hohe Preisspannen öffentlich geißeln.

4. Die Berufsverbände haben periodisch Erhebungen in einer Reihe von Lohngebieten über tatsächlich verdiente Stück- und Zeitlöhne selbst anzustellen, zu veröffentlichen und dem Gesamtverband zu vergleichenden Darstellungen rechtzeitig zuzustellen.

5. Bei den Tarifverhandlungen ist besonders auf die gleichzeitige Regelung, und zwar mindestens auf die grundsätzliche Regelung der Akkordlöhne zu achten. Auf die Festlegung der Einzelstücklöhne in den Betrieben muß der Einfluß der Gewerkschaften ebenfalls gesichert sein. Dieses Gebiet kann nicht den Betriebsräten allein überlassen werden.

6. Die Art der Lohnverwendung ist von größter Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufstieg. Es muß allgemeiner Grundlag der Arbeiterkraft werden, das Notwendigste und Nützlichste in bester Qualität zuerst zu

Größenordnungen in Staat und Wirtschaft
Das statistische Lesebuch für jeden Gewerkschafter
erscheint nächste Woche!
Christlicher Gewerkschaftsverlag
Berlin-Wilmersdorf.

kaufen und sich durch die Beschaffung von überflüssigem wirtschaftlich nicht selbst zu schädigen. Der Einkauf ist möglichst in den eigenen Genossenschaften zu tätigen.

7. Es ist der Resonanzboden zu schaffen für die Erreichung besserer Löhne, durch den Nachweis der Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige und durch Widerlegung jener Stimmungsartikel, die von Unternehmerteile in die Tagespresse lanciert werden.

8. Zur Regulierung der Preise ist die Senkung zu hoher Zollsätze zu erstreben.

9. Allen lohnpolitisch wirkenden Stellen in der Gewerkschaftsbewegung ist dringend der Bezug und das Studium der Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung anzuraten.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Der Etat der deutschen Sozialversicherung. Die deutsche Sozialversicherung hat im Jahre 1927 an Beiträgen und Umlagen 3,2 Milliarden Mark aufgebracht (1913: 1,3 Milliarden Mark, 1924: 1,9 Milliarden Mark, 1925: 2,5 Milliarden Mark und 1926: 2,9 Milliarden Mark). Dazu kommt der Reichszuschuß von 302 Millionen Mark für die Familienwohnenhilfe und die Invalidenversicherung (1913: 59 Millionen Mark, 1924: 105 Millionen Mark, 1925: 183 Millionen Mark, 1926: 248 Millionen Mark). Der Aufwand aus Beiträgen und Umlagen betrug für die Krankenversicherung über 1600 Millionen Mark, für die Unfallversicherung 323 Millionen Mark, für die Invalidenversicherung 845 Millionen Mark, für die Angefalltenversicherung 275 Millionen Mark und für die knappschaftliche Pensionsversicherung 215 Millionen Mark.

Verhältnismäßig am stärksten ist der Aufwand in der Invalidenversicherung gestiegen, bei der sich gegenüber 1913 ohne wesentliche Änderung des Personenkreises die Zahl der Renteneempfänger mehr als verdreifacht hat, in der Hauptache wegen der Invaliden, Witwen und Waisen aus dem Kriege und wegen des früheren Eintritts der Invalidität, zum Teil auch insolge der Rationalisierung der Betriebe und der Spannung auf dem Arbeitsmarkt, wo ältere Arbeiter nur schwer unterzubringen sind. Die Invalidenversicherung verlor heute 1,8 Millionen Invaliden (1913: 1,1 Millionen), 320 000 Witwen (1913: 12 000) und 800 000 Waisen (1913: 83 000). Die Inflation hat fast das ganze Vermögen dieses Versicherungszweiges (über 2 Milliarden Mark) aufgezehrt; der durch die Aufwertung wieder erlangte Teil kommt für die Deckung der Ausgaben auf absehbare Zeit nicht in Betracht. Die Invalidenrente beträgt heute im Reichsdurchschnitt 30 Mark, auf dem Lande 25 Mark und in der Industrie 33—35 Mark im Monat.

In der Unfallversicherung ist der Beharrungsstand, in dem sich die an- und wegfallenden Renten fortbauernd ausgleichen, noch nicht erreicht. In der gewerblichen Un-

fallversicherung ist die Unfallerschädigung, an der Lohnsumme gemessen, heute nicht größer als vor dem Kriege.

Die wachsende Zahl der Versicherten in der Angefalltenversicherung (1913: 1,5 Millionen, 1927: 2,8 Millionen) erklärt sich aus der sozialen Umschichtung.

Die knappschaftliche Pensionsversicherung befindet sich in einer besonders schwierigen Lage, weil die Zahl der Pensionsempfänger verhältnismäßig hoch ist im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder. In der Arbeiterpensionstasse kommen auf 3 Mitglieder 1 Pensionsempfänger, während in der allgemeinen Invalidenversicherung erst auf 5 Versicherte 1 Renteneempfänger trifft. Bei der durchgreifenden Rationalisierung des Bergbaues geht die Zahl der Bergleute zurück, es steigt zugleich die Zahl der Pensionsempfänger. Der Beitrag zur Pensionsversicherung beläuft sich durchschnittlich auf 10—11 Prozent des Lohnes in der Arbeiterabteilung und auf 12—13 Prozent des Gehalts in der Angestelltenabteilung.

In der Krankenversicherung sind die Beitragssummen von 524 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 1309 Millionen Mark im Jahre 1926 gestiegen. Der gesetzliche Kreis der Versicherten ist im allgemeinen noch derselbe wie im Jahre 1914. Der Mitgliederzuwachs beträgt 3 Millionen. Die reichsgesetzlichen Krankentassen — ohne die knappschaftlichen und Erlagstassen — hatten im Jahre 1926 die Reinausgabe von 1230 Millionen Mark, davon 1046 Millionen Mark für Krankenhilfe (87 Prozent der Ausgabe), 61 Millionen Mark (ohne Reichszuschuß) für Wochenhilfe, 15 Millionen Mark für Sterbegeld und 6 Millionen Mark für die sonstige Fürsorge, insbesondere für Genesende. Die Verwaltung kostete 88 Millionen Mark (7 Prozent der Ausgaben). Von den Aufwendungen für die Krankenhilfe trafen 387 Millionen Mark auf Krankengeld (1925: 420 Millionen Mark), 312 Millionen Mark auf die Vergütung für Ärzte, Zahnärzte und andere Heilpersonen (1925: 290 Millionen Mark), 149 Millionen Mark auf Arzneien und sonstige Heilmittel (1925: 134 Millionen Mark). Aus der Winderausgabe beim Krankengeld spricht die Verminderung der Krankheitsfälle im Jahre 1926. Aus dem Vergleiche mit der Vergangenheit geht hervor, daß die Krankentassen immer höheren Wert auf umfassende und vorzubehende Sachleistungen legen. Seit dem Jahre 1885 sind die Ausgaben für das Krankengeld auf das Dreifache, für die ärztliche Behandlung auf das Siebenfache und für Krankenpflege auf das Sechsfache gestiegen.

Die Aufwendungen für Arbeitslosenfürsorge betragen in Millionen Reichsmark:

	Kalenderjahr			
	1924	1925	1926	1927
I. Arbeitslosenunterstützung	333	270,7	1214	745,6
II. Kurzarbeiterunterstützung	0,3	—	7,1	0,7
III. Krisenunterstützung	—	—	5,8	160,0
zusammen: 333,3 270,7 1226,9 906,3				

Eine Gegenüberstellung mit dem Jahre 1913 ist hier nicht möglich, da eine öffentliche Fürsorge in Deutschland erst seit Kriegsende besteht.

	Kalenderjahr			
	1924	1925	1926	1927
IV. Verschaffende Arbeitslosenfürsorge (s. T. geschätzt)	70	97	160	160

Die Aufstellung zeigt für die 4 Jahre ganz verschiedene Ergebnisse. Das ist erklärlich, da der Aufwand für Arbeitslose naturgemäß von dem — schwankenden — Umfange der Arbeitslosigkeit abhängt. Im Durchschnitt des Kalenderjahres belief sich die Zahl der Arbeitslosen 1924: auf rund 728 000, 1925: 384 000, 1926: 1 672 000, 1927: 885 000.

Der durchschnittliche Aufwand für einen Arbeitslosen (Aufwand für einen Hauptunterstützungsempfänger zusätzlich der durchschnittlich auf einen Hauptunterstützungsempfänger entfallenden Empfänger von Familienzuschlägen) betrug also bei dem Kosten „Arbeitslosenunterstützung“ (Punkt I der obigen Aufstellung)

	jährlich	monatlich	werttäglich
1924	457 RM.	38,1 RM.	1,52 RM.
1925	705 RM.	58,8 RM.	2,35 RM.
1926	727 RM.	60,6 RM.	2,42 RM.
1927	843 RM.	70,3 RM.	2,81 RM.

Die größere Steigerung vom Jahre 1924 zum Jahre 1925 ist darauf zurückzuführen, daß die Unterstützungssätze unmittelbar nach der Stabilisierung der Währung verhältnismäßig niedrig lagen.

Die Mittel, die die Reichsanstalt zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigt, werden grundsätzlich durch die Beträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Kann der Bedarf aus den Beiträgen aus dem angefallenen Kostend nicht gedeckt werden, so tritt das Reich mit Darlehen ein. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer betragen in den 4 Jahren 222,4 Millionen, 165 Millionen, 523,6 Millionen, 682,3 Millionen Mark. Die Beiträge dürften sowohl nach allem wie nach neuem Recht 3 Prozent des Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers nicht übersteigen. Im Jahre 1925 war es insolge der günstigen Arbeitsmarktlage möglich, die Beiträge bis auf durchschnittlich 1 Prozent zu senken. Seit 1. März 1926 beträgt der Beitrag durchweg 3 Prozent. Seit dem 1. Dezember 1927 bildeten die Überschüsse den Kostend der Reichsanstalt.

Wertvereine sind nicht tariffähig! Die Wertgemeinschaft der Firma Gustav Wilmking, Gütersloh, Mitglied des Reichsbundes Vaterländischer Arbeiter- und Wertvereine e. V. (RVA.) klagte am Arbeitsgericht Bielefeld gegen die Firma Wilmking wegen Feststellung der

Gültigkeit eines Tarifvertrages. Das Arbeitsgericht Bielefeld hat am 2. März d. J. die Klage abgewiesen.

Im Februar 1927 wurde von der Belegschaft der Firma ein Wertverein gegründet, der sich später dem Reichsbund Vaterländischer Arbeiter- und Wertvereine anschloß. Von der 100 bis 120 Mann starken Belegschaft gehörten nur 7 Leute der „Wertgemeinschaft“ nicht an. Im November 1927 wurden zwischen der „Wertgemeinschaft“ und der Firma ein Lohnvertrag, ein Lohnabkommen und zwei Arbeitszeitabkommen abgeschlossen. Nach dem einen Arbeitszeitabkommen ist die 54-Stunden-Woche eingeführt, während nach dem andern Arbeitsabkommen seitens der Betriebsleitung eine Mehrarbeit bis zu 10 Stunden pro Tag angeordnet werden kann. Anfang Februar 1928 hat das Gewerbeaufsichtsamt der Firma mitgeteilt, daß die von den gesetzlichen Bestimmungen abweichende Regelung der Arbeitszeit ungesetzlich sei, da die Klägerin nicht tariffähig sei. Die Firma hat darauf sämtliche mit der Klägerin geschlossenen Verträge und Vereinbarungen gekündigt und erklärt, daß sie nunmehr ihre Arbeiter nach dem zwischen dem Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverbande abgeschlossenen Tarifvertrage entlassen werde. Die „Wertgemeinschaft“ behauptet, daß dadurch ihren Mitgliedern wöchentlich ein Schaden von etwa 600,— RM. entstehe. Sie erhob Klage auf Feststellung der Gültigkeit der abgeschlossenen Verträge.

Das abweichende Urteil des Arbeitsgerichts enthielt u. a. folgenden Entscheidungsgrund: Es bleibt die Frage zu prüfen, ob bei der Klägerin die Fähigkeit zu sozialer Gegenspielerfähigkeit vorhanden ist. Dieses Erfordernis, das ebenfalls nicht gesetzlich niedergelegt ist, wird allgemein im Schrifttum und Rechtspredgen von einer tariffähigen Vereinigung gefordert. „Die Klägerin setzt sich nur aus Mitgliedern zusammen, die in dem Betriebe der Beklagten beschäftigt sind. Nach § 116 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, S. 48, fehlt den vorstehenden Betriebsvereinigungen, die vor allem die Ausnutzung des Tarifvertragsmonopols der Arbeitszeitverordnung — abgesehen von gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen — in äußerlich schenbar unangreifbarer Weise bezwecken, regelmäßig tatsächlich die bis zur finanziellen Kampffähigkeit gesteigerte Selbstständigkeit.“ Diesem wichtigen Argument der finanziellen Kampffähigkeit, die sich wiederum auf eine uneingeschränkte Selbstständigkeit stützt, hat sich das Gericht im vorliegenden Falle (von Kampfhandlungen) nicht verschließen können, zumal die Klägerin im Falle von Kampfhandlungen kaum mit wesentlicher Unterstützung seitens des RWV, bei dessen grundsätzlicher wirtschaftsfriedlicher Einstellung zu rechnen haben wird. Im übrigen ist aber auch zu beachten, daß die Beklagte es in der Hand hat, den Mitgliedsbestand der Klägerin nach Belieben zu ändern. Sie ist in der Lage, jederzeit ihr unbequeme Arbeiter zu entlassen und damit den Mitgliedsbestand bis zur völligen Lahmlegung der Klägerin zu verändern. Bei einem Bestande von 100 bis 120 Arbeitern kann die Beklagte die Klägerin praktisch dadurch sogar auflösen, da sie im Falle eines Wirtschaftskampfes sämtliche Arbeiter entläßt und zu Neueinstellungen übergeht. Im vorliegenden Falle dürften die Nachmittel der Klägerin nach Ansicht des Gerichts nicht ausreichen, um die erforderlichen Gegenmaßnahmen und Abwehrmittel zu treffen, zumal es in Widerstoß an einem Vorkomitee oder Bezirksverbande fehlt, der die ausgeschlossene Front sofort wieder aufstellen könnte. Es hat daher das Gericht auf Grund der gesamten Umstände nicht die Überzeugung gewinnen können, daß die Klägerin in tatsächlicher Hinsicht derartig innerlich auf Grund der Eigenart ihrer betrieblichen Organisation gestützt ist, daß sie im Falle ernstlicher Wirtschaftskonflikte uneingeschränkt von Einwirkungen seitens der Beklagten in der Lage ist, ihre Interessen in jeder Weise selbständig und unabhängig zu vertreten.

Da somit die Klägerin nicht als tariffähig angesehen werden kann, so ist ihre Klage auf Grund des § 10 Arb. G. wegen mangelnder Parteifähigkeit abzuweisen.“

Uns unseren Ortsgruppen

Bonn. Für die Firma Soemmeden, bei welcher wir wieder an dem Haustarif beteiligt sind (bedingt durch das Urteil des Landgerichts Bonn in unserem Rechtsstreit für die Erlangung des Reichstarifs), fanden am Freitag, dem 27. April, Verhandlungen für den Neuaufschluß eines Lohnstarifs vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß in Bonn statt. Auf Grund dieser Verhandlungen sollte am Montag, dem 30. April, noch einmal zwischen den Parteien verhandelt werden. Bei den Verhandlungen am Montag, dem 30. April, wurde eine Einigung erzielt. Die bestehenden Löhne werden durchweg um 9,5% erhöht, während in einzelnen Gruppen eine größere Erhöhung stattfindet. Die Akkordsätze werden um 4% erhöht. Die über Tarif Entlohnungen erhalten mindestens die Hälfte der ihnen tariflich zustehenden Erhöhung. Auf die Dauer wird dieser Haustarif für uns untragbar, da für die Bemessung der Löhne seitens der Firma immer und immer wieder die Federfabrik als maßgebend bezeichnet wird.

Cleve. Am 29. März fand für die Ortsgruppe Cleve eine Versammlung statt, welche von den Mitgliedern gut besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung dankte die Vorsitzende, Kollegin Kelly Classen, zunächst dem Bezirksleiter B. Schmitz, der trotz seiner starken Inanspruchnahme auch heute wieder zur Versammlung erschienen sei. Sodann konnte sie auch einige neue Mitglieder herzlich willkommen heißen. Aus dem nun folgenden Bericht des Bezirksleiters hörten wir, daß bei den Lohnverhandlungen nur eine kräftige Organisation die Gewährleistung eines Erfolges sein kann. Dieser Vortrag hatte sehr aufmerksame Zuhörer und wurde von den Mitgliedern sehr beifällig aufgenommen. Darauf erstattete die Vorsitzende Bericht über den Arbeiterinnenturnus in Barmen, an welchem sie teilgenommen hatte. Die Vorsitzende wies besonders darauf hin, daß die Kolleginnen von einer großen Einigkeit befeelt sein müßten, sollen sie nicht einer gewissenlosen Ausbeutung ihrer Kräfte anheimfallen. Diese Einigkeit muß erzielt werden durch den Zusammenhalt aller Kolleginnen in den christlichen Gewerkschaften.

Die Kollegen Franz Peters und Karl Sieper, welche ihre Gesellenprüfung sowohl im Praktischen wie im Theoretischen mit gut bestanden haben, wurden die herzlichsten Glückwünsche der Versammlung zuteil. Nach Verlesung verschiedener gesellschaftlicher Angelegenheiten erreichte die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Düren. Am Donnerstag, dem 26. April 1928, fanden für unseren Bezirk Lohnverhandlungen statt. Durch die Verschiedenartigkeit der Direner papierverarbeitenden Industrie ist es bisher noch immer nicht gelungen, den Reichstarif zur Durchführung zu bringen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine 10prozentige Lohnverhöhung. Auf Grund dieser Lohnverhöhung wurden ab 1. Mai die Beiträge ebenfalls um ein geringes erhöht. Trotz der Stilllegung verschiedener Betriebe wächst unsere Mitgliederzahl. Dies ist ein Zeichen der vorzüglichen Arbeit unserer Vertrauensleute.

Görlitz. Der Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft der konfessionellen Vereine und Jugendverbände von Görlitz, hielt am Sonntag im Rath. Vereinshaus seinen gutbesuchten Eltern- und Werbestand ab. Unter Mitwirkung der einzelnen Verbände gelangten gut ausgeführte Musikstücke, Turnvorführungen und Darbietungen des Männerchores im DSV zur Vorführung, die gleichzeitig davon Zeugnis gaben, mit welchem vorbildlichen Eifer in den einzelnen Verbänden und Jugendgruppen gearbeitet wird. Der von Herrn Gewerkschaftssekretär Graf Wiegand gehaltene Vortrag „Warum christliche Gewerkschaft?“ wurde den Anwesenden in derartig markanten Worten und Beispielen zu Gehör gebracht, daß es unbedingte Notwendigkeit ist, den jugendlichen Nachwuchs den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, weil nur in diesen den Eltern die Gewähr geboten ist, daß die jungen Menschenfinder vor den Auswürfen des Alltags bewahrt bleiben. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf einer christlich-sozialen und nationalen Grundlage, und somit ist die christliche Arbeitnehmerschaft in der Lage, die berechtigten Forderungen durchzukämpfen. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß durch die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren Erfolge auf den verschiedensten Gebieten erzielt worden sind, die zum Wohle der christlichen Arbeitnehmerschaft gelangten. Wir streben weiter, unsere Organisation auszubauen, um uns so am Volke und dem Vaterlande dienstbar zu machen. Herr Gewerkschaftssekretär Deubler sprach das Schlusswort und mahnte zu weiterer eifriger Mitarbeit für unsere Ideen, die sich darauf erstrecken, als Machtfaktor uns die Stellung zu verschaffen, die uns gebührt. Nachdem der Schlussmarsch vertungen war, blieben die Anwesenden noch zu einem gemütlichen Beisammensein vereint.

München. Bei unserer ersten Versammlung am 13. April im neuen Gewerkschaftsheim, die von den Mitgliedern und Gästen gut besucht war, sprach nach herzlichem Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden, Kollegen Steinhardt, unser Bezirksleiter Kollege Bodner über die Familiennot und kam dann auf die Gewerkschaftsfamilie zu sprechen. Bis jetzt alle in den verschiedensten Stadtvierteln zerstreut, haben wir uns endlich zusammengefunden in einem eigenen Heim, in dem die Kleinen, so wie die Großen Platz haben. Möge dieses Heim dazu beitragen, daß die älteren und größeren Geschwister der christl. Gewerkschaften, uns kleineren mehr Achtung und Liebe entgegenbringen als bisher, möge aber auch unser Verband stetig wachsen, wie das Heim gewachsen ist. Wie Stein um Stein sich zu einem gewaltigen, von der Allgemeinheit bewunderten Bau aufeinandergefügt haben, so sollen auch die Mitglieder sich zu einem starken einigen Gefüge zusammenfinden, damit der Verband sich auch bald zu den stärkeren Geschwistern der christlichen Gewerkschaften rechnen kann. Jeder Verbandsabend wird in Zukunft mit einem Referat, das die gesamte Kollegenchaft interessieren dürfte, begonnene. Auch die Unterhaltung, die zur Entspannung des Alltags nötig ist, wird zu ihrem Rechte kommen. Und so möge die Zahl 13 (wir haben Zimmer 13 gemietet und am 13ten begonnene) für unsern Verband die Glückszahl werden. Jeder kann am Aufbau mitarbeiten durch Einigkeit, Kollegialität, Mut und Opfergeist. Schätze kein Kollege, keine

Kollegin seine Kräfte zu gering. — Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen waren umrahmt mit musikalischen Darbietungen. Zwischenbunde gab-Kollege Steinhardt Bericht über die Tarifbewegungen und Kollege Wacker den Kartellbericht. Um die Mitternachtsstunde trennten sich die Kollegen, die einen erfrucht, ein eigenes Heim mitzubekommen, die Verheirateten etwas gedrückt, hat doch die bessere Hälfte die genauen Lohnsätze mit angehört. Ein Mantel ist künftig ausgeschlossen. Eine diplomatischere Berichterstattung durch den Vorsitzenden wäre wünschenswert gewesen. — Die Bürostunden sind täglich von 5—7 Uhr abends, die des Bezirksleiters Freitags abends von 7—8 Uhr. Unterstützungsauszahlungen nur Montags von 6—7 Uhr. Unsere Monatsversammlungen finden regelmäßig jeden 2. Freitag im Gewerkschaftsheim statt.

Adressenänderung: Graphischer Zentralverband, München II SO, Reisingerstr. 10 II, Zimmer 13.

Graphischer Zentralverband

Geschäftsstelle: Köln a. Rh., Benloerwall 9
Fernsprecher: Weh 52685 Postfachkonto: Köln 15171

Übertragungen vom 1. Viertel 1928 gingen ein bis zum 5. Mai: Kreuznach, Ulm, Düsseldorf, Kassel, Krefeld, Bielefeld, Dortmund, Bielefeld, Dülmen, Fröndenberg, Hannover, Münster, Kevelim, Augsburg, Donaueschingen, Kaufbeuren, Freiburg, Seelbach, Worms, Bogen, Danzig, Torgau, Frankenthal, Görlitz, Luban, Neurube.

Gelder landten ein: Waldenburg, Wittenberg, Nürnberg, Ulm, Bonn, Bogen, Köln, Rheyl, Bielefeld, Kreuznach, Neurrupin, Wob, Duisburg, Torgau, Luban, Fröndenberg, Hannover, Frankenthal, Münster, Freiburg, W. Gladbach, Duderstadt, Dortmund, Krefeld, Augsburg, Langenblass, Bielefeld, Gr. Steinhelm, Lier, Görlitz, Donaueschingen, Kevelim, Dülmen, Kaufbeuren, Al. Muebel, St. Ingbert, Berlin, Eberfeld, Danzig.

Seitenpreis 20 Pfennig
Vorauszahlung erforderlich

Anzeigen

Ortsgruppenangelegenheiten kosten 10 Pfennig die Zeile

Bei dem Pressa-Wettbewerb

seitens der internationalen Vereinigung christl. Berufsverbände in der graphischen Industrie

zur Erlangung eines Wandspruches

wurden drei Kollegen unseres Verbandes mit Preisen ausgezeichnet.

1. Für Sacharbeiten: ; ;

E. Preis, Berlin, 5. Preis

2. Für Zeichenarbeiten: ; ;

A. Ncht, Bad Kreuznach, 4. Preis

3. Für Schnitarbeiten: ; ;

R. Duple, Leipzig, 6. Preis

Wir beglückwünschen unsere Kollegen zu diesem Erfolg.

Unserem lieben Kollegen

Carl Collin

und seiner lieben Frau

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Silbernen Hochzeit.
Ortsgruppe Bonn.

Unserem lieben Kollegen

Fritz Eifermann

nebst Frau

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe Düsseldorf.

Unserem lieben Kollegen und Vorstandsmitglied

Josef Felbhege

und seiner lieben Frau

Gertrud Bangels

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe W. Gladbach.

Nach langem Krankenlager haben wir durch Tod unseren Kollegen

Michael Zimmer

verloren. Er war uns ein lieber Kollege. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Ortsgruppe Regensburg.